A2 Kapitalismuskritik

Gremium:	Landesvorstand
Beschlussdatum:	08.11.2019
Tagesordnungspunkt:	0. Tagesordnung

Die Debatte um die Klimakrise führt uns von Neuem vor Augen, dass wirklicher Klimaschutz und eine kapitalistische Marktwirtschaft nicht miteinander vereinbar sind, denn dieses System läuft auf die Ausbeutung natürlicher Ressourcen durch uneingeschränktes Wirtschaftswachstum hinaus. Für echten Klimaschutz ist es dringend notwendig, auch die Systemfrage zu stellen.

Auch eingeschränkte Formen des Kapitalismus wie die "soziale Marktwirtschaft" haben es nicht geschafft, die spaltenden und diskriminierenden Mechanismen dieses Systems auszuhebeln. Im Gegenteil, durch das Zusammenspiel von Kapitalismus mit Ideologien wie Rassismus und Sexismus werden soziale und ökonomische Gräben immer weiter verstärkt. Die Überwindung kolonialer Kontinuitäten und einer angemessenen Aufarbeitung unserer Geschichte ist damit nicht möglich.

Der Kapitalismus erfüllt nicht einmal sein vorgegebenes Versprechen einer gerechten Gesellschaft nach dem Leistungsprinzip. Vielmehr profitieren von der kapitalistischen Marktwirtschaft nur Menschen, die ohnehin über eine ausreichende Menge an sozialem und ökonomischen Kapital verfügen. So wird die bestehende Ungleichheit verstärkt und Armut reproduziert.

Der Gedanke eines unbegrenzten Wachstums, gepaart mit der Ansicht, dass der Besitz von Privateigentum eine Garantie unseres Wohlstandes ist, stellt eine toxische Ideologie gegenüber Gesellschaft und Umwelt dar. Ausbeutung macht krank - das gilt sowohl für Mensch wie auch Natur - und kein Wirtschaftssystem steht so deutlich für Ausbeutung wie der Kapitalismus.

Die Grüne Jugend Berlin bekennt sich daher zu einer kapitalismuskritischen Haltung. Wir fordern einen systematischen Wandel unseres Wirtschaftens und der globalen politischen Ökonomie.

Weiterhin fordert die Grüne Jugend Berlin einen systematischen Wandel in unserem Finanzwesen, in dem momentan Freiheit mit der Aufforderung, das größtmögliche Risiko einzugehen, gleichgesetzt wird. Statt Hedgefonds und Briefkastenfirmen, die dazu dienen, Kapitalinteressen zu verschleiern, sprechen wir uns für solidarische Finanzinstitutionen aus, die uns den Kapitalismus überwinden lassen.

Die Grüne Jugend Berlin fordert eine neue Diskussion über die Eigentumsfrage. Die einseitige Fokussierung auf die Akkumulation von Privateigentum unterstützt den kapitalistischen Konkurrenzgedanken und ist zutiefst unsolidarisch. Politische Forderungen nach Abwehrrechten gegen die Kollektivierung von Eigentum dienen ausschließlich dazu, Kapitalinteressen zu verteidigen. Wir fordern nicht die erneute Einführung eines Realsozialismus, jedoch stellen wir die aktuelle Verteilung von Eigentum und Zugang zu Ressourcen zur Disposition.

Die Grüne Jugend Berlin ist somit offen für andere, demokratische Wirtschafts- und Gesellschaftsformen, die ein nachhaltiges und ökologisches Wirtschaften ermöglichen.

Begründung

Erfolgt Mündlich